

Kreissynode Tecklenburg dankt für Engagement der Kommunen und des Kreises Steinfurt und spricht sich für die Unterbringung von Flüchtlingen in kommunalen Wohneinrichtungen aus

Kategorie: alle Nachrichten

Lengerich. Die Synodalen der Kreissynode Tecklenburg haben sich auf ihrer Tagung am 4. Dezember mehrheitlich für die Unterbringung von Flüchtlingen im Kreis Steinfurt in kommunalen Wohneinrichtungen ausgesprochen. In dem Beschluss heißt es: Die Kreissynode Tecklenburg dankt den Kommunen des Kreises Steinfurt für die bisherigen Anstrengungen hinsichtlich der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Sie stimmt mit dem Wunsch der Bürgermeister/-innen und des Landrats Dr. Klaus Effing nach einer besseren Integration der Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft und nach einer bleibenden Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung überein. Die Synodalen unterstrichen, dass sie die Probleme nicht verkennen, die manche Kommunen mit der Zuweisung von Asylsuchenden hätten. Diese seien aber nicht dadurch zu lösen, dass geflüchtete Menschen über einen längeren Zeitraum in einer Großeinrichtung untergebracht würden.

Hintergrund des Beschlusses der Kreissynode war ein Schreiben des Landrats Dr. Klaus Effing und der Bürgermeister des Kreises Steinfurt an den NRW-Integrationsminister Dr. Joachim Stamp, mit der Bitte, aufgrund des akuten Wohnraummangels in der Region Flüchtlinge verstärkt in den Zentralen Unterbringungs-Einrichtungen in Ibbenbüren und Rheine unterzubringen.



Pfarrer Roland Wendland brachte den Beschlussvorschlag ein.

Pfarrer Roland Wendland betonte, durch die dauerhafte Unterbringung der Geflüchteten in Großunterkünften am Rand oder außerhalb der Kommunen werde ein möglichst vielfältiger Kontakt zwischen einheimischer Bevölkerung und geflüchteten Menschen, wie er bei einer dezentralen Unterbringung in den Kommunen möglich und realistisch ist, erschwert.

Die Flüchtlinge sind in Großeinrichtungen in der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, dem Kontakt zu einheimischen Ehrenamtlichen, dem Erlernen der deutschen Sprache oder der Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit eingeschränkt, so Roland Wendland weiter.

Die Synode zeigte sich besorgt darüber, dass Asylsuchende künftig bis zu zwei Jahren in Landesaufnahmeeinrichtungen bleiben und nicht mehr zur Aufnahme in die Kommunen verteilt werden sollen.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Westfalen (EKvW) hatte sich erst kürzlich in einem Beschluss für eine menschenfreundlichere Flüchtlingspolitik ausgesprochen. Darin heißt es: Geflüchtete haben ungeachtet ihrer Bleibeperspektive ein Recht auf zivilgesellschaftliche Kontakte, Zugang zu Bildung und ggf. berufliche Qualifikation im

kommunalen Kontext. Die monate-, manchmal jahrelange Kasernierung von Flüchtlingen in zentralen Unterkünften widerspricht u.a. dem Kindeswohl und verursacht Verzweiflung, Perspektivlosigkeit und Gewalt .

[<- Zurück zu: Aktuell](#)